

EVG kritisiert Pläne, Leistungen im Bereich von DB Sicherheit zu reduzieren

Der stellvertretende EVG-Vorsitzende Klaus-Dieter Hommel hat die Absicht der Deutschen Bahn kritisiert, Leistungen im Bereich von DB Sicherheit zu reduzieren. „Angesichts der Vielzahl an Übergriffen überrascht uns dieser Rückzug“, machte Hommel deutlich.



So sei die Zahl der Übergriffe mit Körperverletzung im ersten Halbjahr 2017 um 7,3 Prozent angestiegen. „Das sind 84 Angriffe mehr als noch im Vorjahr, die zur Anzeige gebracht wurden“, kritisierte der EVG-Vize. Insgesamt wurden bis zur Jahresmitte 1.230 Übergriffe registriert. „Das sind 205 pro Monat - und die alltäglichen Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien sind in diesen Zahlen noch gar nicht erfasst“, betonte Hommel.

Hauptbetroffen seien mit 51 Prozent Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Zügen aber auch in Bussen, zu 46 Prozent Beschäftigte des Bereichs DB Sicherheit. Die übrigen drei Prozent entfallen auf alle anderen

Geschäftsbereiche.

In den Bundesländern Nordrhein-Westfalen (246), Bayern (212) und Hessen (169) gab es im ersten Halbjahr die meisten Übergriffe, gefolgt von Berlin (149) und Baden-Württemberg (129). Betrachtet man allein das Geschehen in den Bahnhöfen, dann liegen Frankfurt (37), Hamburg (33) und Nürnberg (26) an der Spitze. „Mindestens einmal pro Woche kommt es allein hier zu Tötlichkeiten gegen Bahnbeschäftigte, die eine Körperverschwendung zur Folge haben; das ist in kleinster Weise akzeptabel“, stellte der EVG-Vize fest. „Vor diesem Hintergrund die Leistungen von DB Sicherheit reduzieren zu wollen, ist völlig abwegig“, so Hommel.

Um Kolleginnen und Kollegen, die Opfer eines Übergriffs geworden sind, ein Mehr an Unterstützung anbieten zu können, habe die EVG jetzt das Helfertelefon „Ruf Robin“ ins Leben gerufen. „Betroffene können sich rund um die Uhr unter einer zentralen, kostenfreien Rufnummer melden, wir schauen dann, wie wir Ihnen als Gewerkschaft helfen können“, machte Klaus-Dieter Hommel deutlich. Die Palette reiche vom kollegialen Gespräch über die juristische Erstberatung bis hin konkreten Unterstützungsangeboten, die die EVG zusammen mit ihren Sozialpartnern anbieten könne.

„Wir wollen den bestmöglichen Schutz für unsere Kolleginnen und Kollegen. Deshalb fordern wir im Bereich der Prävention mehr Engagement vom Arbeitgeber. Und weil uns das, was die Unternehmen an Nachsorge erbringen müssen, nicht ausreicht, wollen wir uns in diesem Bereich auch selber engagieren. Deshalb gibt es jetzt 'Ruf Robin'“, betonte der EVG-Vize.